

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	17
I. Aufgabenstellung	17
II. Untersuchungsverlauf – Zugleich eine vorweggenommene Zusammenfassung	21
§ 2 Rückbesinnung auf die dogmatische Koppelung zwischen Streitgegenstandsbegriff und Umfang der materiellen Rechtskraft	25
I. Überblick	25
II. Materiellrechtliche und prozessuale Streitgegenstandstheorien	31
1. Vorbemerkung zur Problematik	31
a) Der prozessuale Anspruch: Begehren v. Rechtsbehauptung	31
b) Die Bedeutung der Rechtsschutzform bezüglich der Streitgegenstandsbestimmung	34
2. Materielles Recht als Grundlage der Abgrenzung	39
a) Sinnhaftigkeit der erneuten Auseinandersetzung	39
b) Konkurrenz der Ansprüche als Ausgangspunkt	40
c) Das Problem der Klagenhäufung?	41
d) Nicht zu rechtfertigende Einschränkung der materiellen Rechtskraft?	43
e) Ein Blick auf den französischen Ansatz	46
f) Entwicklung der materiellrechtlichen Lehren	50
g) Zwischenergebnis	54
3. Prozessuale Streitgegenstandslehren	55
a) Klageantrag als Ausgangspunkt	55
b) Meinungsstreit über den Stellenwert des Sachverhalts beim selbstabgegrenzten Antrag und seine Bedeutung	57
c) Der zweigliedrige Ansatz in seiner Anfangsphase	60
d) Die eingliedrige Auffassung des Streitgegenstandes in Deutschland und Japan	61

e) Die zweigliedrige Auffassung des Streitgegenstandes	66
f) Zwischenergebnis	72
III. Am Normzweck der Rechtskraft orientierter Ansatz	73
1. Zweifel am Einheitsdogma	73
2. Die Bedeutung der Verhandlungsmaxime für die Streitgegenstandsbestimmung	74
3. Der Streitgegenstandsbegriff in verschiedenen Prozessstadien	76
4. Nach Sinn und Zweck der materiellen Rechtskraft zu bestimmender prozessualer Anspruch	78
a) Die teleologische Auslegung als Ausgangspunkt	78
b) Die begründete Notwendigkeit der materiellen Rechtskraft im Prozessrecht	79
c) Drei leitende Perspektiven: öffentliches Interesse, materiellrechtliche Überlegung und rechtliches Gehör	80
d) Zwischenbewertung der Koppelung von Streitgegenstandsbegriff und objektivem Umfang der materiellen Rechtskraft	85
5. Einzelfallbezogener Streitgegenstandsbegriff und Rechtskraftumfang: Ein Blick auf die japanische, österreichische und schweizerische Rechtsprechung	86
a) Die japanische Rechtsprechung und die Heranziehung des Grundsatzes von Treu und Glauben	87
b) Die österreichische Rechtsprechung und das Verständnis des begrifflichen Gegenteils	93
c) Die schweizerische Rechtsprechung und die Aburteilung der Gegenleistung	98
IV. Die Interessenabwägung in Fallgruppen: Betrachtung ausgewählter deutscher Judikatur	103
1. Die durch Rechtskraft präkludierten klägerische Rechte bzw. festgestellten Rechtsverhältnisse	104
a) Priorität des materiellen Rechtsschutzes	104
aa) Eigenes und abgetretenes Recht	104
bb) Verschiedene Pflichtverletzungen im Arzt- und Architektenhaftungsprozess	107
cc) Wettbewerbsrechtliche Unterlassungsklage	110

b)	Gebot einer umfassenden Streitbeilegung	118
aa)	Kündigungsschutzklage	118
bb)	Aktienrechtliche Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage	123
cc)	Scheidungsverfahren und Verfahren über nachehelichen Unterhaltsanspruch	126
2.	Die Handhabung des Begriffs vom kontradiktorischen Gegenteil	129
a)	Die von der formalen zweigliedrigen Lehre losgelöste Denkfigur	129
b)	Der Streit um die Art und Weise der Rechtskraftwirkung beim kontradiktorischen Gegenteil	131
c)	Ausschluss des Gegenantrags in der Rechtsprechung	135
aa)	Fallgruppe bezüglich eines absoluten Rechts	135
bb)	Gegenläufige Abänderungsverfahren	137
cc)	Die sog. Saldierungsfälle und ihre Bedeutung bei der Rechtskraftabgrenzung	141
3.	Präklusion des nachträglich ausgeübten Gestaltungsrechts	146
a)	Rechtskraftpräklusion gemäß § 767 Abs. 2 dZPO	146
b)	Interessenlage	149
c)	Keine Präklusion eines vertraglichen Optionsrechts und eines Verbraucherschützenden Widerrufsrechts	151
d)	Präklusion des Anfechtungsrechts, des Rechts zur ordentlichen Kündigung und der Aufrechnung	154
e)	Fazit	158
V.	Der nationale Streitgegenstandsbegriff unter Einfluss des europäischen Zivilprozessrechts	158
1.	Die sog. Kernpunkttheorie des EuGH	159
2.	Kernpunkttheorie bei der Bestimmung des Rechtskraftumfangs	162
a)	Übernahme der Kernpunkttheorie in das nationale Prozessrecht?	162
b)	Kernpunkttheorie und die Unvereinbarkeit gemäß Art. 34 Nr. 3 EuGVVO a.F.	163
c)	Der europäische Rechtskraftbegriff in Entwicklung	166
3.	Fazit	171

VI. Ergebnis: Die Abkehr von der überkommenen dogmatischen Konstruktion	172
§ 3 Materielle Rechtskraft präjudizieller Streitpunkte	175
I. Überblick	175
II. Rechtskraftbindung der Vorfrage im österreichischen Zivilprozessrecht	177
1. Judikatur, die die Bindungswirkung der Beurteilung der Vorfrage bejaht	177
2. Kritik im Schrifttum	179
3. Einzelfallbezogene Lösung in der Literatur	181
4. Die weitere Entwicklung der Rechtsprechung	184
5. Bewertung	186
III. Bindungswirkung der Urteilsgründe im japanischen Zivilprozessrecht	187
1. Der Streitgegenstandsbegriff als Ausgangspunkt und dessen Rechtfertigung	187
2. Die Lehre von der sog. Streitpunktewirkung	188
a) Das Unbehagen am beschränkten Rechtskraftumfang	188
b) Theoretische Grundlage der Streitpunktewirkung	190
c) Voraussetzungen der Streitpunktewirkung	191
3. Die Vorgehensweise in der Rechtsprechung	193
a) Die Ablehnung der Streitpunktewirkung	193
b) Die sog. quasi-Rechtskraft und die Heranziehung des Grundsatzes von Treu und Glauben	195
4. Der unmittelbare Rückgriff auf den prozessualen Grundsatz von Treu und Glauben in der Doktrin	197
5. Bewertung	199
IV. Materielle Rechtskraft der Urteilsgründe im französischen Zivilprozessrecht	201
1. Die drei Fallgruppen der Rechtskraft der Urteilsgründe	201
a) Rechtskraft des Urteilstenors als Ausgangspunkt	201
b) Motifs décisives	202
c) Motifs décisifs und décisions implicites	203
2. Die Wandlung der Rechtsprechung	204
a) Ablehnung der Rechtskraft der motifs décisifs	204

b) Die Rechtskraft der Urteilsgründe im Sinne der décisions implicites	206
c) Die Plenarentscheidung von 13.3.2009 und die Reaktionen im Schrifttum	208
3. Bewertung	210
V. Rechtskraftwirkung des präjudiziellen Streitpunktes im deutschen Zivilprozessrecht	211
1. Rechtspolitische Erwägungen	212
2. Der historische Gesetzgeber	215
3. Auslegungsspielräume des § 322 Abs. 1 dZPO	216
a) Die nicht in sich abgeschlossene gesetzgeberische Vorgabe	216
b) Theoretische und praktische Anhaltspunkte bei der Auslegung	219
4. Argumentationen zur Rechtskraftwirkung der Urteilsgründe	222
a) Materiellrechtliche Ansätze	222
aa) Die These von den Sinnzusammenhängen und deren Kritik	222
bb) Die These von identischen Rechtspositionen und deren Kritik	226
b) Der auf den Verwirkungsgedanken der Rechtskraft beruhende Ansatz	228
aa) Richtigkeitsgewähr der Entscheidungsgründe	228
bb) Der sog. identische wirtschaftliche Wert	230
cc) Bewertung	232
5. Stellungnahme: Identität des materiellrechtlichen Kontextes und hinreichende Gehörsgewährung	233
6. Rechtskraftbindung in der Rechtsprechung	237
a) Ablehnung der Rechtskrafterstreckung aufgrund von Sinnzusammenhängen	237
b) Die Grundbuchberichtigungsklage und das zugrundeliegende dingliche Recht	238
c) Die Eigentumsherausgabeklage und die Vindikationslage	240
d) Die Schadensersatzklage aufgrund Zuwiderhandlung gegen ein Unterlassungsurteil	243
e) Die Abweisung als zur Zeit unbegründet	246
f) Die Zug-um-Zug-Verurteilung	251

g) Die Wiederholung des angegriffenen Aktes	255
h) Fazit	260
7. Schlussbetrachtung	261
a) Résumé der vorstehenden Untersuchung	261
b) Überdenken der gesetzgeberischen Wertentscheidung	262
aa) Überlegungen der Gesetzesauslegungslehren	263
bb) Die Verfahrensgrundsätze der dZPO im Wandel	264
cc) Rechtskraftbindung des präjudiziellen Streitpunktes unmittelbar infolge einzelfallbezogener Interessenabwägung	267
§ 4 Materielle Rechtskraft der rechtlichen Qualifikation des prozessualen Anspruchs bei Verurteilung	269
I. Überblick	269
II. Der dogmatische Stellenwert der rechtlichen Einordnung	272
1. Problembeschreibung	272
2. Der Meinungsstand im Schrifttum	273
a) Rechtfertigung im Rahmen des überkommenen Streitgegenstandsbegriffs	273
b) Die rechtliche Qualifikation des prozessualen Anspruchs als Vorfrage	274
aa) Lösungsansatz nach der Lehre der relativen Rechtskraft	275
bb) Substanzielle Auseinandersetzungen mit der Problematik	276
cc) Absage an die ablehnende (herrschende) Meinung	280
3. Fazit	281
III. Die Annahme der Rechtskraft der rechtlichen Qualifikation in verschiedenen Fallgestaltungen	282
1. Der Fall der überschießenden Feststellung	282
a) Allgemeines	282
b) Die sog. Voraussetzungsidentität in Haftpflicht- und Deckungsprozessen	283
c) Bindung des Vollstreckungsgerichts (§ 850f Abs. 2 dZPO)	286

2. Der Fall des rechtseindeutigen Sachverhalts	287
a) Allgemeines	287
b) Anmerkung zur relevanten BGH-Judikatur	289
3. Der Fall des rechtsmehrdeutigen Sachverhalts	291
a) Allgemeines	291
b) Bindungswirkung eines Haftungsgrunds eines Haftpflichturteils	292
c) Insolvenzfeststellungsklage gemäß § 179 InsO und Forderungsqualität	293
IV. Das Prinzip „iura novit curia“ und die hinreichende Gehörsgewährung	296
1. Die Bedeutung des Grundsatzes „iura novit curia“	296
2. Der Mindestschutz vor überraschender Rechtsanwendung nach Art. 103 Abs. 1 GG	299
3. § 139 dZPO als Ansatzpunkt	300
4. Ein Plädoyer für das Rechtsgespräch	303
5. Fazit	305
V. Ergebnis	306
Literatur	309